



Freiheitliches Bildungswerk  
Politische Akademie der FPÖ

## **Vorwort –**

Die in diesem Heft dokumentierten Reden wurden im Rahmen des Festaktes zum 25jährigen Bestehen der FPÖ am 16. Mai 1981 im Großen Saal des Mozarteums in Salzburg gehalten. Wir halten es für notwendig, sie als ein Dokument des historischen und politischen Selbstverständnisses der FPÖ und ihres Stellenwerts in der Zweiten Republik einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Veranstaltung erhielt ihr besonderes Gewicht durch die Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten, der den Beitrag der FPÖ zur österreichischen Demokratie in seiner Ansprache ausdrücklich würdigte.

Gerade diese Anerkennung durch den obersten Repräsentanten der Republik stellt für uns und alle Mitarbeiter der FPÖ einen Auftrag dar, unsere Arbeit im Interesse und zum Nutzen aller Mitbürger dieses Staates fortzusetzen.

Freiheitliches Bildungswerk  
Politische Akademie der FPÖ

LAbg. Horst Schender  
Obmann

Dr. Christian Allesch  
Geschäftsführer

## **Die Dritte Kraft in der Zweiten Republik**

Die kurz bemessene Zeit, die mir für mein Referat zur Verfügung steht, erlaubt es nicht, einen umfassenden historischen Überblick über das Entstehen und die Entwicklung der Dritten Kraft in der Zweiten Republik zu geben. Ich beschränke mich deshalb hauptsächlich auf die geistigen und politischen Bedingungen, welche die Pioniere der Dritten Kraft in unserem Lande vorfanden. Mit einem kurzen Ausblick auf die Möglichkeiten der Dritten Kraft in der Zukunft möchte ich dann meinen Vortrag schließen.

Der Ausgangspunkt Österreichs nach 1945 war trotz etlicher Gemeinsamkeiten doch ein anderer als 1918. Beide Male gehörte Österreich zu den Verlierern des Weltkrieges, doch die Niederlage hatte nicht die gleichen Folgen, vor allem nicht die gleichen geistigen und politischen Auswirkungen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde ein Staat gegründet, den es vorher nicht gab, und der den Rest eines Großreiches umfaßte, das sich die Nachfolgestaaten untereinander aufteilten, wobei sie sich keineswegs an das vom US-Präsidenten Wilson verkündete und versprochene Selbstbestimmungsrecht der Völker hielten. Die Folge davon war, daß über 6 Millionen Menschen in einen Staat gezwungen wurden, den sie nicht wollten. Mit der Zertrümmerung der Donau-Monarchie und deren Auflösung in machtpolitische Klein- und Mittelstaaten zerstörten die Siegermächte eine starke Pufferzone zwischen Deutschland und dem neu gegründeten Sowjetstaat, was zum Zusammenstoß beider führen und die Macht der siegreichen Sowjetunion bis mitten ins Herz Europas ausdehnen sollte.

Am Rande des weltgeschichtlichen Umsturzes von 1945 erfolgte eine unerwartete Neugeburt: der österreichische Staat.

Er hatte die Grenzen von 1918, blutete wie 1918 aus vielen Wunden, stand vor den gleichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, wurde sogar von wesentlich mehr Flüchtlingen überlaufen als nach dem Ersten Weltkrieg und mußte eine Besetzung durch die Sieger ertragen. Trotzdem war die Situation eine andere als die von 1918. Die Mehrzahl der Bevölkerung wollte nun diesen damals von ihr abgelehnten Staat. Der Anschlußgedanke, der stärkste nationale Kraftstrom der Zwischenkriegszeit, war tot. Die Gleichschaltung Österreichs mit Deutschland durch die deutsche Bürokratie und die Auslöschung des Namens Österreich erzeugten ein bis dahin in diesem Ausmaß unbekanntes Österreich-Gefühl. In den Jahren des Anschlusses und des Krieges fand die Geburt eines österreichischen Staatsgefühles statt. Die Österreicher erkannten mit einem Male ihren Eigenwert. Österreich wurde nicht nur auf Grund der Niederlage räumlich von Deutschland getrennt, sondern ein großer Teil der Bevölkerung trennte sich 1945 auch geistig von Deutschland. Dies traf viele Menschen seelisch schwer, nicht nur die ehemaligen Nationalsozialisten und Mitglieder von nationalen Parteien in der Ersten Republik, sondern beispielsweise auch einen Mann wie Friedrich Adler, den Sohn Victor Adlers, des Gründers der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Friedrich Adler, der durch das Attentat auf Ministerpräsident Stürgkh weltbekannt wurde, gehörte zu jener Gruppe prominenter Sozialdemokraten der Ersten Republik, die den Anschluß mehr herbeisehnten als die Führer der nationalen Parteien. Adler sah im Einschwenken der Sozialistischen Partei der Zweiten Republik in das österreichische Lager eine Art Verrat, einen spießbürgerlichen Rückfall, wie dies schon der in der Emigration verstorbene Otto Bauer, der geistige Führer der Sozialdemokraten in der Ersten Republik, gleich nach dem Anschluß 1938 formuliert hatte, als er die Frage beantwortete, ob der Anschluß trotz des Hitlerischen Gewaltaktes ein historischer Fortschritt sei oder nicht. Bauer hielt den Anschluß für einen Fortschritt, ein Wiedererstehen Österreichs aber als einen Rückschritt.

Das Bekenntnis zum österreichischen Staat nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde auch dadurch bestärkt, daß Österreich seit Kriegsende von den Alliierten zehn Jahre lang besetzt war. Die Österreicher, vor allem die beiden Großparteien, rückten notgedrungen eng zusammen. Der Kampf um den Staatsvertrag, um die Befreiung von den Befreiern, wie man damals sagte, bildete ein starkes Element zur Erzeugung eines Staatsbewußtseins, und als der Staatsvertrag endlich geschlossen wurde und die Besatzungstruppen das Land verließen,

erreichte dieses österreichische Staatsbewußtsein einen Höhepunkt. Österreich hatte nach langer Zeit gegenüber Deutschland eine Runde gewonnen. Es blieb ungeteilt und von fremden Truppen verschont, während die deutsche Teilung eine politische Tatsache geworden war. Das durch Hitler geeinte Deutsche Reich zerfiel nun in drei Staaten, und der einzige Staat von den dreien, der so etwas wie eine Identität erworben hatte, war Österreich. **Der** Staat aber, der die stärkste Identität von allen deutschen Staaten besaß, Preußen, existierte nicht mehr.

1918 war Österreich eine Republik geworden als Konsequenz des Zusammenbruchs der Monarchie. Ein Kaiser ohne Kaiserreich hätte keinen Sinn gehabt. 1945 bestimmten die vier Alliierten, daß Österreich zur republikanischen Staatsform zurückzukehren habe, wobei kein Zweifel besteht, daß der größte Teil der Österreicher die republikanische Staatsform nach all den Enttäuschungen während des Austro-Faschismus und der Hitler-Diktatur wünschte.

Das Parteiwesen in Österreich ist seit dem vorigen Jahrhundert, als es zu den großen Parteibildungen in unserem Land gekommen war, dreigeteilt: in ein christlich-bürgerliches, in ein sozialistisches und ein national-liberales Lager. Von diesen drei Lagern weist das national-liberale Lager die größte Bandbreite auf, ist deshalb aber auch am schwersten zusammenzuhalten und oftmals zersplittert. Seine Anhänger sind nur allzu gerne bereit, über Nuancen in den Grundsätzen einander die Köpfe einzuschlagen. Ein gewisser Gegensatz liegt schon im Namen begründet. National und liberal verfolgen nicht immer die gleichen Ziele. Wenn trotzdem die beiden Gruppen Jahrzehnte hindurch zusammengingen, dann deshalb, weil die gemeinsam zu erreichenden Ziele größer als die Gegensätze waren, sei es in der Schulpolitik, in den Fragen des Kultus und der Kultur im allgemeinen, in den Belangen der Wirtschaft und in der Durchsetzung demokratischer Freiheiten. Dazu kam, daß dort, wo beide Gruppen eigentlich verschiedene Ansichten hätten vertreten müssen, in der nationalen und in der sozialen Frage, der Gegensatz nie unüberbrückbar wurde. Zu den anderen Völkern innerhalb der deutschen Reichshälfte der Monarchie verhielten sich die Liberalen kaum weniger national als die Nationalen, von Fanatikern unter den Nationalen abgesehen, in den sozialen Fragen wiederum verhielten sich die Nationalen reservierter als das „Linzer Programm von 1882“ vorschrieb, das neben anderen von Georg von Schönerer und Victor Adler verfaßt worden war. Auch steht fest, daß die Liberalen, auf sich allein gestellt, nie

eine parteibildende Kraft besaßen, so daß sie sich bald mit anderen Gruppen verbinden mußten. In Österreich waren es die gemäßigt Nationalen, die auf verschiedensten Gebieten die meisten Gemeinsamkeiten aufwiesen.

Was Adler sowie dessen Freund und Mitstreiter Engelbert Pernerstorfer mit Schönerer, Heinrich Friedjung und Anton Langgaßner, den nationalen Verfassern des Linzer Programms, verband, war ihre nationale Gesinnung, deren Ursprung im Revolutionserlebnis von 1848 lag. Damals schien für kurze Zeit die Erfüllung des Traums von einem vereinten Deutschland im Bereich der Möglichkeit zu liegen, doch siegten die dynastischen und konservativen Kräfte über die Ideen der sogenannten „Linken“ im Frankfurter Parlament. Dieses nationalrevolutionäre Erlebnis bei Adler und Pernerstorfer war so stark, daß sie es auf die nachfolgende sozialdemokratische Führergeneration zu übertragen vermochten, was wieder zur Folge hatte, daß die sozialdemokratischen Führer der Zwischenkriegszeit die leidenschaftlichsten Anhänger des Anschlusses Österreichs an Deutschland stellten. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs war zwischen 1918 und 1933 die lautstärkste Anschließpartei und übertraf darin selbst die Großdeutschen und den Landbund, die beiden tragenden nationalen Parteien in der Ersten Republik, die als Regierungspartner der Christlich-Sozialen in ihrer Ausdrucksweise vorsichtiger waren, weshalb sie von den sozialdemokratischen Führern zeitweise auch als Verräter an Deutschland und am Anschlußgedanken hingestellt wurden. An nationalem Pathos wurden die Sozialdemokraten Bauer, Seitz, Austerlitz, ja selbst Renner von keinem Politiker der Großdeutschen und des Landbundes übertroffen, wobei zu sagen ist, daß Renner ein Genie der politischen Anpassung war, was keine Herabwürdigung seiner Person sein soll, weil diese seine Anpassungsfähigkeit Österreich zweimal, und zwar nach jedem verlorenen Weltkrieg, zugute kam. Renner war es allerdings auch, der 1918 Österreich den Namen „Ostalpenland“ geben wollte, doch scheiterte sein Vorschlag am Widerstand der Christlich-Sozialen. Wohl schaffte erst Hitler den Namen Österreich ab, den Plan zur Abschaffung aber hatte schon lange vor ihm einer der bedeutendsten österreichischen Sozialdemokraten. Doch selbst Prälat Ignaz Seipel, mehrmaliger Regierungschef und langjähriger Parteiobermann der Christlich-Sozialen, der am stärksten von allen Politikern der Ersten Republik die Grundlage zu einem eigenen österreichischen Staat geschaffen hatte, schrieb am 30. Juli 1928 einen Brief an Otto Bauer über die Frage eines eigenen Nationalbewußtseins. In dem Brief heißt es: „Dies ist

keine gute deutsche und keine österreichische Konzeption, sondern eine weltfremde französische oder tschechische Vorstellung. Das heutige Österreich hat niemals für sich allein gelebt – die Österreicher sind ihrer ganzen Geschichte und Art nach Großstaat-Menschen. Unser eigenes Gärtchen zu bebauen und gegen Entree den Fremden zu zeigen, ist keine Aufgabe für die Bewohner der karolingischen Ostmark und den Erben der Türkenkriege.“

Nun hier irrte Österreichs bedeutendster Politiker der Ersten Republik. Die Österreicher von heute sind mit ihrem eigenen Gärtchen zufrieden. Das ist aber nur ein Beweis dafür, daß man Geschichte nicht vorausberechnen kann, daß Imponderabilien und Irrtümer zur Geschichte ebenso gehören wie zum Leben des Menschen, und daß es deshalb eine Anmaßung der späteren Generation ist, sich mit ihrem Wissen vom vergangenen Geschehen zu Richtern ihrer Väter und Großväter aufzuspielen, dabei aber für sich selbst aus der Geschichte nichts zu lernen.

Ich habe diese Zitate von führenden Politikern der Ersten Republik – die Zitate könnten nicht nur ein Buch füllen – deshalb angeführt, weil sie verständlich machen, wie zutiefst erschrocken die ehemaligen Nationalen nach dem Krieg sein mußten, als ihnen das, was in der Ersten Republik eine Art Heilslehre für alle Parteien war, ausgenommen Monarchisten und Kommunisten, nämlich das nationale Bekenntnis zu Deutschland, nun als Verbrechen angerechnet wurde, und zwar ihnen **allein**. Als Hitler 1938 den Anschluß vollzog, schaffte er nicht die Demokratie ab, weil diese schon vorher durch das Vorgehen der Christlich-Sozialen, aber auch durch den Haß der Großparteien aufeinander und die Organisation von paramilitärischen Verbänden zerstört worden war.

Da an der österreichischen Katastrophe viele beteiligt waren, ausländische wie inländische Politiker, hätte man sich darauf beschränken können, jene Personen, die während der Hitler-Zeit Verbrechen begangen hatten, zu bestrafen und die nationalsozialistischen Funktionäre aus politischen Führungspositionen zu entlassen. Das hätte auch den ursprünglichen Aussagen der Siegermächte entsprochen, weshalb auch deren erste Verordnungen dahin gingen, daß an den kleinen „irregeleiteten“ Nationalsozialisten keine Rache verübt werden sollte. Doch der Krieg hatte auf beiden Seiten die Begriffe für Menschlichkeit und Gerechtigkeit verschüttet.

Was Österreich betrifft, so kannten sich die Alliierten in der österreichischen Geschichte wenig aus, was sie schon 1918

bewiesen hatten. Deshalb setzten sie national mit nationalsozialistisch gleich, und da es für sie auch zu mühsam war, festzustellen, wer von den Nationalsozialisten irregeleitet und wer begeistert war, bestrafte sie kollektiv und individuell zugleich. Sie bestrafte Menschen, die Verbrechen begangen hatten, was moralisch gerechtfertigt war, und sie bestrafte Menschen, die sich keines Verbrechens schuldig gemacht hatten, sondern lediglich Mitglieder der einzig erlaubten Partei waren, weil Hitler in Deutschland und nach dem Anschluß in Österreich ein von Lenin und Mussolini errichtetes System übernommen hatte, nämlich den Einparteienstaat.

Die Alliierten waren nicht allein schuld. Sie hatten österreichische Berater, und österreichische Behörden verfaßte die Gesetzestexte. Haßgefühle siegten vielfach über Gerechtigkeitsgefühle. Sicherlich, die österreichischen Institutionen standen unter dem Druck der Alliierten, die selbst wieder keine einheitliche Auffassung besaßen, wie das NS-Problem gelöst werden könnte. Großzügigkeit war nicht ihre Sache. Jedenfalls lag eine Welt zwischen der Atlantik-Deklaration, die Roosevelt und Churchill unter Choralkängen 1941 verkündet hatten, und in der sie die ewigen Träume der Menschheit, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Freiheit von Furcht und Not, die religiöse Freiheit und die Meinungsfreiheit zu verwirklichen versprachen, und jenen Beschlüssen von Jalta und Potsdam im Jahre 1945, die Landraub, Zwangsarbeit und die Vertreibung von Menschen guthießen. Es zerrann jegliche Hoffnung, daß die Menschen nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges in ein Zeitalter des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung eintreten würden. In Nürnberg verurteilten die Sieger die Verbrecher und die Verbrechen der Besiegten, doch die zogen daraus keine Lehre. So blieb alles beim alten. Die Verbrechen gingen weiter und gehen weiter.

Diese Darstellung erschien mir notwendig, will man die Entwicklung des VdU verstehen. Der von den Sowjets im April 1945 mit der Regierungsbildung beauftragte Karl Renner dachte als politisch versierter und mit der Geschichte der österreichischen Innenpolitik vertrauter Mann, neben den beiden Großparteien und den Kommunisten auch dem national-liberalen Lager eine Vertretung in der Regierung einzuräumen, doch ÖVP und KPÖ waren dagegen. Die ÖVP, weil sie hoffte, die Stimmen des national-liberalen Lagers gewinnen zu können. Aber auch die KPÖ spekulierte mit Stimmen aus diesem Lager, und zwar solchen, die aus Opportunismus von der äußersten Rechten zur

äußersten Linken wechselten, wobei der Wechsel nicht so schwer fiel, wie es den Anschein haben mag. Die geistige Grundlage – und das beweist heute der weltweite Terrorismus – ist nämlich bei allen radikalen Gruppen gleich: Intoleranz anderen gegenüber, der Glaube an die eigene Unfehlbarkeit und das Verlangen, einen Sündenbock zu finden, den man für alles schuldig machen kann. Die Entscheidung, keine Vertreter des national-liberalen Lagers in die provisorische Regierung aufzunehmen, hatte zur Folge, daß bei den ersten freien Wahlen im November 1945 den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und fast aller ihrer Gliederungen das Wahlrecht entzogen wurde.

Nur drei Parteien – die SPÖ, die ÖVP und die KPÖ – erhielten eine Lizenz zur politischen Betätigung, und diese Lizenz kam den drei Parteien sehr zugute, hielten sie sich damit doch jede Konkurrenz und anfangs sogar jede Opposition vom Leibe. Außerdem bedeutete die Lizenz eine Art politischer Persilschein, mit dem die Alliierten bestätigen, daß es sich bei den drei Parteien um demokratische Parteien handelt, die eine reine Vergangenheitsweste besitzen.

Nun besteht kein Zweifel, daß am Untergang der Ersten Republik im Jahre 1933 von allen damals im österreichischen Parlament vertretenen Parteien die beiden nationalen Regierungsparteien, die Großdeutschen und der Landbund, den geringsten Anteil an Schuld hatten. Die Hauptschuld trugen die beiden Großparteien, die mit ihren Privatarmeen ständig Gewehr bei Fuß für den Ausbruch eines Bürgerkrieges standen. Diese Verquickung aller Parteien mit dem Schuldproblem mußte bei den Nationalen nach 1945 das Gefühl hervorrufen, sie allein hätten für alles zu büßen.

Von 1945 bis 1949 war, wie gesagt, das national-liberale Lager in Österreich politisch nicht vertreten. Die anfängliche Dreierkoalition – die Kommunisten schieden erst im Herbst 1947 aus der Regierung – brachte es mit sich, daß es auch keine parlamentarische Opposition gab. Die Oppositionsaufgabe fiel deshalb den Journalisten zu, und zwar denen, die das Glück hatten, in unabhängigen Zeitungen zu arbeiten. Unabhängige Zeitungen aber existierten nur in den von den Sowjets nicht besetzten Teilen Österreichs. Und deshalb standen aus einer inneren Logik heraus auch zwei Journalisten bei der Wiedererrichtung des national-liberalen Lagers Pate.

Dr. Herbert Kraus und ich gründeten den „Verband der Unabhängigen“, abgekürzt VdU, aus dem sich eine neue Partei

entwickelte. Nach damaligen Umfragen wünschte eine beträchtliche Anzahl von Menschen eine neue Partei, die sich von den drei anderen bestehenden Parteien unterscheiden sollte. Den Gründern schwebte eine lockere Vereinigung von gleichgesinnten Menschen vor, die sich auf einige Grundsätze einigen, doch durch keine feste Bindung wie durch Klubzwang und Parteidisziplin genötigt sein sollten, ihre persönliche Meinung zu verleugnen. Das war wahrhaftig ein revolutionärer Gedanke, doch in der politischen Praxis erwies er sich als undurchführbar. Der VdU war eine Partei wie jede andere, weil in einem Parteienstaat eben nur eine Partei die Möglichkeit hat, auf die Dauer innenpolitisch zu überleben.

Durch die Aufhebung des NS-Gesetzes wurde, soweit es die Minderbelasteten betraf, mehr als eine halbe Million Bürger wieder wahlberechtigt. Um die Wahlstimmen dieser Menschen begann nun zwischen den Parteien ein Kampf bis aufs Messer. Die beiden Gründer des VdU besaßen einen kleinen Vorsprung, weil sie sich gegen das NS-Gesetz mit seinen undemokratischen und diskriminierenden Bestimmungen ausgesprochen hatten. Ihre Gründung sollte einen liberalen Charakter haben, doch wußten sie aus der Geschichte, daß in Österreich seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Liberale und Nationale meist gemeinsame Sache gemacht hatten.

Sie waren ferner der Ansicht, daß auf Grund der Niederlagen und der Verbrechen des Hitler-Regimes die Begriffe „national“ und „liberal“ neu durchdacht werden mußten. Das Programm des VdU stellte eine Reihe liberaler Forderungen auf, die vielfach heute noch aktuell sind. Es war kein weltanschaulich und theoretisch abgesichertes Programm, enthielt aber von allen Parteien die vernünftigsten Vorschläge zur Bewältigung der anstehenden politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen.

Ich will in meinem heutigen Vortrag nicht die Schwierigkeiten aufzählen, mit denen der VdU fertig werden mußte, nicht die Verfolgungen, denen er ausgesetzt war, nicht die Verleumdungen, mit denen die Gründer und die Spitzenfunktionäre überschüttet wurden. Ich habe in meinem Buch „Die Dritte Kraft in Österreich“ eingehend darüber berichtet. Ich will bloß darlegen, warum sich der VdU aus fremdem sowie aus eigenem Verschulden auflöste.

Das fremde Verschulden wurzelt in der Enttäuschung beider Großparteien. Die ÖVP war verbittert, daß der VdU einen großen Teil der neuen, aber auch viele junge Wähler gewinnen konnte.

Sie hatte nämlich alles getan, um die Alliierten zu überreden, den VdU zu verbieten. Die SPÖ wiederum hatte dem VdU während des Wahlkampfes geholfen und die Pläne der ÖVP durchkreuzt. Ihre Unterstützung basierte auf der Hoffnung, der VdU könnte der ÖVP so viele Stimmen wegnehmen, daß die SPÖ die relative Mehrheit erhalten werde. Für diesen Fall dachte die SPÖ an eine Dreierkoalition, wobei die Überlegung dahinging, daß die drei Parteien, die den Marshall-Plan befürworteten, die Regierung bilden, während die KPÖ, die den Marshall-Plan ablehnte, in Opposition bleiben sollte. Das war einer der Inhalte des Gesprächs zwischen dem sozialistischen Parteivorsitzenden Vizekanzler Dr. Schärp, Dr. Kraus und meiner Person. Das Wahlergebnis fiel jedoch so aus, daß der VdU beiden Parteien je acht Mandate abnahm, womit der Traum der relativen Mehrheit für die SPÖ ausgeträumt war. Sie nahm nun in ihrer Politik eine Wende um 180 Grad vor. Obwohl Delegierte aus dem Westen für einen Pakt zwischen SPÖ und VdU eintraten, entschied die sozialistische Führung, jeden Kontakt mit dem VdU abzubrechen. Sie schloß vielmehr mit der ÖVP einen „Eisernen Koalitions пакт“, der jede Koalitionsmöglichkeit einer der beiden Großparteien mit dem VdU bis hinunter zu Kleinstädten ausschloß. Beide Großparteien setzten nun alles daran, den VdU als neo-nazistisch zu diffamieren. Als dann noch bei den Arbeiterkammerwahlen und bei den Betriebsratswahlen in den Großbetrieben der VdU beachtliche Erfolge auf Kosten der SPÖ erzielte, wendete diese selbst vom Gericht festgestellte undemokratische Mittel an, verbündete sich in den Betrieben mit den Kommunisten und scheute auch nicht vor Entlassungen von VdU-Betriebsräten zurück.

Nach mehr als 10jähriger Diktatur fällt es eben auch demokratischen Parteien schwer, sich an demokratische Methoden zu halten, wenn sie sich zu ihren Ungunsten auswirken. Dazu kam, daß die Alliierten, die sich zu Wächtern der Demokratie aufspielten, gar nichts einzuwenden hatten, wenn gegen den VdU auch undemokratische Methoden angewendet wurden. Ihr Wunsch, daß sich das national-liberale Lager nie mehr sammeln, sondern auf die drei bestehenden Parteien aufteilen sollte, hatte sich nicht erfüllt. Daß der kleine VdU gegen die Mächtigen auftrat, hat sie zutiefst verstimmt.

Das alles hatte natürlich auch seine Auswirkungen auf die innere Entwicklung des VdU. Dieser war knapp vor den Nationalratswahlen gegründet worden, weshalb der Führung keine Zeit zur Verfügung stand, aber auch keine Möglichkeit, die Menschen, die zur Mitarbeit bereit waren, auszusuchen und zu überprüfen.

So kam es vielfach zu Personalschwierigkeiten, selbst Spione und zwielichtige Charaktere schlichen sich ein. Viele ehemalige Nationalsozialisten, auch prominente, boten ihre Hilfe an, wie dies auch bei der ÖVP der Fall war, doch wollten sie dafür ein gewisses Mitspracherecht, das die VdU-Führung jedoch nicht akzeptieren konnte, weil sie durch die Verleumdungskampagne der drei Parteien gegen das ihr unterschobene Image des Neo-Nazismus ankämpfen mußte. Die Enttäuschung über die Distanzierung, die vor allem Dr. Kraus vornahm, wirkte sich auch innerhalb der Führung aus. Es entstand ein liberaler Flügel, der sich um Kraus und meine Person, und ein nationaler Flügel, der sich anfangs um Oberst Gollob, den ersten Generalsekretär, dann um Fritz Stüber, den Landesparteiobmann von Wien, scharte. Selbstverständlich ging das nicht in einer geradlinigen Entwicklung vor sich. Es kam immer wieder zu Kompromissen und Querverbindungen innerhalb der Flügel. Die Politik der VdU-Führung war aber unabhängig von den Flügeln immer von liberalen Grundsätzen getragen. Daß es oft anders aussah, ist den Umständen zuzuschreiben, daß einzelne Funktionäre bei ihren Versammlungen nationalere Reden führten, als es der politischen Grundlinie der VdU-Führung entsprach.

Weil aber die Massenmedien wenig von den Beschlüssen und Erklärungen der VdU-Führung veröffentlichten, sich aber mit Wollust auf nationale Trompetenstöße stürzten, erhielt der VdU in der Öffentlichkeit ein falsches Image. Die nationalen Trompetenstöße aber waren wieder die Folge einer tiefen Verbitterung darüber, daß in dieser Welt mit zweierlei Maß gemessen wird.

Für viele Nationale blieb es unbegreiflich, daß man jedes nationale Gefühl als neo-nazistisch oder neo-faschistisch abwertete und den ehemaligen Nationalsozialisten nicht zubilligte, was heute jedem Dissidenten aus den kommunistischen Staaten zugebilligt wird, nämlich daß er sich geirrt hat.

Dabei zollten in den ersten Jahren des nationalsozialistischen Regimes auch viele prominente Ausländer Hitler großes Lob, darunter selbst Winston Churchill, der 1935 in seinem Buch „Great Contemporaries“ schrieb:

„Die Meisterleistung, mit der der Spieß gegen die selbstgefälligen, unfähigen und verblendeten Sieger umgedreht wurde, verdient als historisches Wunder anerkannt zu werden, als ein Wunder, das von der persönlichen Leistung und dem unbändigen Kampfgeist eines einzelnen Menschen nicht zu trennen ist. Wer

ist dieser grimmige Mann, der diese unerhörte Arbeit geleistet hat? Diese brennende Frage stellt sich allen Völkern. Diejenigen, die Hitler von Angesicht zu Angesicht kennengelernt haben, trafen einen außerordentlich fähigen, kühnen, gut informierten Funktionär mit angenehmen Manieren und freundlichem Lächeln an, und nur wenige sind von seiner erstaunlichen Anziehungskraft unberührt geblieben.“

Wenn sich Churchill im Jahre 1935 in der Beurteilung Hitlers so irrte, wie konnte man von einem einfachen Bürger verlangen, daß er klüger hätte sein sollen als Englands berühmter Staatsmann?

Das kann und soll nichts beschönigen oder gar entschuldigen, was später unter Hitler alles geschah. Ebenso wenig ist es eine Aufrechnung, wenn man von der Bombardierung Dresdens spricht, vom Abwurf der Atombomben auf zwei japanische Städte, von der Absicht Churchills, mit Anthrax-Bomben die Bewohner von sechs deutschen Großstädten zu vergiften und die Städte selbst zu ewigen Wüsten zu machen. Es gibt keine Aufrechnung, weil jede Untat für sich allein steht, wohl aber gibt es Feststellungen. Die Geschichte führt nicht eingleisig. Wer deshalb Geschichte schreibt, der muß alle Fakten berücksichtigen und sich nicht auf den Sessel des Richters setzen. Erst wenn alles erforscht und aufgezeichnet sein wird, von den einen wie den anderen, erst wenn die Manipulation der Geschichte ein Ende findet, dann kann es auch zu dem kommen, was Bundespräsident Dr. Kirchschläger so schön formuliert hat, zur „Versöhnung mit der Geschichte“.

Die Nachfolgepartei des VdU ist die FPÖ. Sie trat unter anderen Voraussetzungen an als der VdU. Bei ihrer Gründung war Österreich von den Besatzungsmächten frei, so daß der Betätigung und Organisation keine Hindernisse im Wege standen. Andererseits war der Elan der Anfangsjahre des VdU nicht mehr zurückzugewinnen. Durch die Erringung des Staatsvertrages und die sichtliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse waren die Bürger mit ihren beiden Regierungsparteien zufrieden. Die stärkere Betonen des Nationalen, die schon mit der Wahl von Ing. Anton Reinthaller zum Ausdruck kam, erfüllte nicht die Hoffnungen, die viele führende Funktionäre der neuen Partei erwartet hatten. Der FPÖ gelang es aber, das nationale Lager zu stabilisieren. Die Rückgewinnung der liberalen Wähler ist hingegen ein langwieriger Prozeß, der unter Friedrich Peter, dem Nachfolger Reinthallers, begonnen hat. Peter erreichte aber einen innenpolitischen Einfluß, der weit

über die Mandatsstärke seiner Partei hinausreicht. Auch vermochte er, eine junge, engagierte und intellektuell-färbige Führungsschicht hervorzuziehen, auf der die Zukunft der FPÖ beruht. Einer von diesen Jungtürken der FPÖ, Dr. Steger, ist der neue Obmann, ein wahrer Senkrechtstarter, von dem viele hoffen, er werde neues Leben in die etwas entartete Parteienstruktur in Österreich bringen.

Die FPÖ geht keinen leichten Zeiten entgegen. Die Berliner Wahlresultate haben bisher am deutlichsten gezeigt, daß viele Menschen, vor allem die Jugend, gegenüber den bestehenden Parteien Mißtrauen hegen. Ähnlich wie 1949, wenn auch aus anderen Gründen, wollen viele Bürger in Österreich etwas Neues. Für nicht wenige lautet die Parole: „Zurück zur Natur“, stoppt die Technik, laßt durch sie nicht die Landschaft zerstören, ruiniert nicht ökologische Grundlagen, ohne die es kein lebenswertes Leben mehr gibt. Doch diesem retardierenden Element in der fortschreitenden Entwicklung unserer Welt steht auf der anderen Seite ein progressives gegenüber. Die Grünen und Alternativgruppen werden unterwandert von denen, die überhaupt ein neues Gesellschaftsmodell haben wollen. Für sie sind die bestehenden Parteien nur der Ausdruck des bürgerlichen Herrschafts- und Gewinnstrebens. Die Diagnose linker Soziologen, daß unsere Gesellschaft krank sei, drängt jungen, unerfahrenen Menschen den Glauben geradezu auf, sie müßten diese Gesellschaft mit allen Mitteln, auch denen des Terrors, bekämpfen. Niemand weiß, wohin dies führen wird, doch die Prediger der Revolution haben immer die Zerstörung des Bestehenden an die erste Stelle gesetzt. Was dann kommt, verursacht ihnen wenig Kopfschmerzen. Dazu kommt durch die Verdrängung der unmittelbaren Vergangenheit oder durch ihre Manipulation die Geschichtslosigkeit, weil man glaubt, man könnte im Jahre 1945 mit der Stunde Null beginnen. Doch die Geister der Vergangenheit stehen immer wieder auf, solange man ihnen keine würdige Bestattung gewährt und solange man sie verdrängt oder besudelt.

Wir leben in einer Zeit der großen Auflösung. Wir leben politisch und wirtschaftlich in den Tag hinein. Die Konturen der Zukunft der Menschheit sind nicht mehr sichtbar. Aus der Entwicklung des letzten Jahrzehnts schälten sich sieben Todsünden heraus:

1. die Geringschätzung menschlichen Lebens,
2. der Verlust der Ehrfurcht vor dem Großen und Schönen in Vergangenheit und Gegenwart,
3. die Manipulation von Geschichte und Meinung,
4. Politik und Politiker als Gefangene der Meinungsumfragen,

5. der Vorteil des telegenen über den intelligenten Politiker,
6. die Ablehnung jeder Art von Autorität,
7. die inhumane Humanität, die dem Mörder mehr Verständnis entgegenbringt als dem Ermordeten.

Eine kleine Partei wie die FPÖ hat es doppelt schwer. Einerseits verlangt man von ihr, daß sie blütenweiß durch die politische Landschaft zieht, nennt bei ihr Päckelei, was bei den Großparteien staatspolitische Handlung heißt. Auch glauben viele Österreicher, daß die große Koalition die Lösung aller Probleme sei, obwohl sie schon Otto Bauer als „eine spezifisch österreichische Idee, die anderswo keinem Menschen einfällt“ nannte. Dennoch, die FPÖ hat noch eine große Aufgabe vor sich. Sie muß den liberalen Geist stärker propagieren, der in seinem tiefsten Wesen der Geist der Toleranz ist, weil wir immer mehr einer Zeit der Intoleranz entgegengehen. Zweifellos gibt es viele positive Ideen bei den Bürgerinitiativen und den Grünen, und gerade die liberale Partei hat die Aufgabe, dieses Positive herauszuarbeiten, damit es nicht zu chaotischen Zuständen und zur Entmündigung der Bürger kommt, auf die der große Bruder der düsteren Orwell'schen Zukunftsvision wartet, um uns das kollektive Glück der Unfreiheit zu bescheren.

Die FPÖ hat in ihrem 25jährigen Dasein viel erreicht. Sie ist eine anerkannte demokratische Partei geworden. Was ich ihr zu ihrem heutigen Jubiläum wünsche, vor allem ihren jungen Funktionären, daß sie wieder etwas vom Pioniergeist der Gründungszeit des VdU zurückgewinnt. Wir leben in einer Zeit, von der die Optimisten glauben, daß sie zum Aufgang, die Pessimisten hingegen, daß sie zum Untergang führen kann. Und so gibt es politische Totengräber und politische Pioniere. Liberale Politiker können nur zu den Pionieren gehören. Der liberale Geist hatte einst die zivilisierte Welt erobert. Er fiel wie ein Regen auf die Menschheit und befreite diese von Zwängen, Fesseln und Voreingenommenheiten. Inzwischen ist vieles versickert, und vieles begann wild zu wuchern gleich einem Krebsgeschwür. Eines aber ist echte Freiheit bestimmt nicht, nämlich wertfrei. Die Suche nach Werten, nach neuen und nach verlorengegangenen, die neu belebt werden können, gehört heute zweifellos zur Aufgabe einer liberalen Partei.

Zum Schluß meiner Ausführung will ich Ihnen, meine Damen und Herren von der FPÖ, noch drei Wünsche auf Ihrem künftigen Weg geben: Sie mögen zusammenhalten, Sie mögen stärker werden und Sie mögen in die Lage kommen, die Zukunft unseres Landes in verantwortlicher Position mitzugestalten. Das wünsche ich Ihnen aus ganzem Herzen.

# **Festansprache des Bundesparteiobmannes der FPÖ, Abg. z. NR Dr. Norbert Steger**

Hochverehrter Herr Bundespräsident,  
sehr geehrte Ehrengäste und Gäste,  
liebe Parteifreunde!

So wie in der Partei wir Jüngeren – sinnbildlich gesprochen – auf den Schultern der älteren und langgedienten Funktionäre stehen, die den Neubeginn des dritten politischen Lagers, die Gründung der FPÖ, selbst mitgestaltet und miterlebt haben, so steht die FPÖ – und daran wollen wir uns gerade auch heute erinnern – auf den Schultern des VdU.

Die Geschichtsschreibung der dritten Partei in der Zweiten Republik beginnt nicht mit dem Jahr 1956, sie setzt mit dem Jahr 1949 ein.

Wir bekennen uns gerne und mit Stolz zu dieser Kontinuität, und gerade das 25jährige Jubiläum, das wir heute als die Nachfolgepartei des VdU feierlich begehen, ist ein Anlaß, das auch deutlich auszusprechen.

Herbert Alois Kraus und Viktor Reimann nenne ich stellvertretend für eine lange Reihe von Frauen und Männern, die sich damals gegen eine geschlossene Phalanx der Feindseligkeit behaupten mußten und deren mutigen Einsatz wir bewundern.

Doch wir wissen, daß persönlicher Mut und bravouröse Leistungen auch denjenigen abgefordert wurden, die 1956 bei der Erneuerung der Dritten Kraft Pate gestanden sind.

Ich nenne allen voran unseren Parteigründer Anton Reinthaller und gleichzeitig, ohne durch die Reihenfolge eine Wertung ausdrücken zu wollen, die Namen Emil van Tongel, Willfried Gredler, Jörg Kandutsch, Gustav Zeillinger und Tassilo Broesigke – Männer der ersten Stunde, die auf Bundesebene das politische Wollen der FPÖ entscheidend und nachhaltig geprägt haben.



*Auftakt zur 25-Jahr-Feier: Kundgebung auf dem Alten Markt. Im Bild (v. l. n. r.): Abg. Dr. Gerulf Stix (halb verdeckt), Abg. Dr. Friedhelm Frischenschlager, Vzbgm. Dr. Waldemar Steiner, BPO Abg. Dr. Nobert Steger, Abg. Dr. Harald Ofner, Klubobmann Friedrich Peter, Abg. Fritz Probst.*



*Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger trifft ein und wird von BPO Dr. Steger, Klubobmann Peter und Vizebürgermeister Dr. Steiner herzlich begrüßt.*



*Schlag 14 Uhr betritt Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger den Großen Saal des Mozarteums. Er wird mit minutenlangem Beifall willkommen geheißen.*



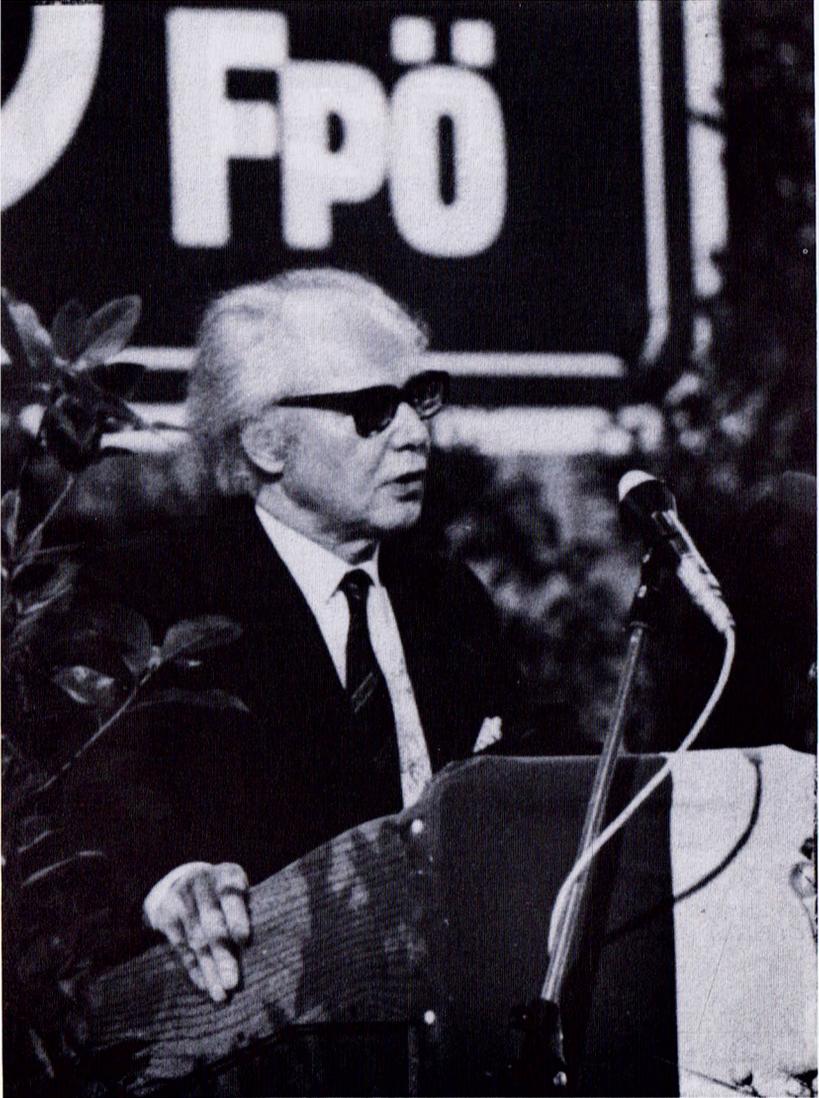




*Der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Mischnick, überbringt die Grüße und Glückwünsche der liberalen Parteien in aller Welt sowie im besonderen die Gratulation der F.D.P. und ihres Vorsitzenden Hans Dietrich Genscher.*



*Nochmals der Blick in die vorderste Reihe der Ehrengäste. Der Beifall gilt den von Walter Mischnick überbrachten Grußbotschaften aus dem Ausland.*



*In seinem Festvortrag umriß der Mitbegründer des VdU, der Vorläuferorganisation der FPÖ, Prof. Dr. Viktor Reimann, die Geschichte der Wiederbegründung des Dritten Lagers nach 1945.*



*Bundesparteiobmann Dr. Norbert Steger erneuerte in seiner Rede das Bekenntnis der FPÖ zu ihrer Rolle als tragende und mitgestaltende Kraft in der Zweiten Republik und würdigte die Leistungen der FPÖ in ihrer bisherigen Geschichte.*



*Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Rede des Bundespräsidenten. Dr. Rudolf Kirchschläger dankte der FPÖ für ihren Beitrag zur politischen Entwicklung der Zweiten Republik und würdigte das klare Bekenntnis der FPÖ zur Republik Österreich und zur Demokratie.*



*Ausklang der Feierstunde und Symbol der Gemeinsamkeit im Bekenntnis zu Österreich: die Bundeshymne.*



*Zum Abschluß des Jubiläums ehrte die FPÖ bewährte Mitarbeiter der Landesgruppe Salzburg und brachte damit zum Ausdruck, daß das entscheidende Verdienst für den Erfolg der Partei nicht zuletzt den unermüdlichen ehrenamtlichen Mitarbeitern zukommt. Im Bild mit Dr. Norbert Steger die langjährige Salzburger Frauenreferentin Maria Mazzucco, daneben Bruno Wagner; im Hintergrund (v. l. n. r.) Maria Reiter, Alfons Podeu und Hermann Hauch.*

Doch haben wir uns zu vergegenwärtigen, daß die auf Landesebene in diesen zweieinhalb Jahrzehnten erbrachten Leistungen für den Bestand und die Weiterentwicklung unserer Partei nicht weniger wichtig waren.

Da wir heute in Salzburg unser Jubiläum feiern, nenne ich zwei hervorragende Salzburger für alle anderen: Landesrat Walter Leitner und Vizebürgermeister Sepp Weilhartner.

Die FPÖ ist fast gleich alt wie der Staatsvertrag und die Neutralität, und darum fühlen wir uns diesen beiden Grundpfeilern unseres Staates auch als „Zeitgenossen“ verbunden.

Die zeitliche Nähe der Geburtsstunde und dieselbe Wegstrecke durch ein Vierteljahrhundert österreichischer Geschichte sind Umstände, die wir uns als Partei, die sich vorbehaltlos zum österreichischen Staatsvertrag und zur immerwährenden Neutralität Österreichs bekennt, gerne ins Bewußtsein rufen.

Als Partei, die sich zum Verfassungskonsens der drei demokratischen Lager dieses Landes bekennt, fühlen wir uns — ganz im Sinne des lateinischen „pars“ — als ein Teil der Republik Österreich.

Daher ist das 25jährige Jubiläum, das wir heute in Salzburg begehen, nicht ausschließlich unsere eigene, sondern darüber hinaus auch eine Sache mit gesamtösterreichischem Stellenwert.

Besonders deutlich wird dies ja durch die Tatsache unterstrichen, daß uns unser Staatsoberhaupt, der Herr Bundespräsident Dr. Kirchschräger, die hohe Auszeichnung seiner persönlichen Anwesenheit zuteil werden läßt.

### **Zwei Jahrzehnte Friedrich Peter**

Ich wollte Sie vorhin bitten, damit einverstanden zu sein, daß ich mich bei der Würdigung persönlicher Verdienste der Nennung solcher Namen enthalte, deren Träger noch aktiv in der Politik stehen.

Eine Ausnahme sei mir gestattet: Ich meine jenen Namen, mit dem sich zwei volle Jahrzehnte freiheitlicher Politik verbinden, den Namen jenes Mannes also, der vier Fünftel der von der FPÖ bisher zurückgelegten Wegstrecke an der Spitze der Partei persönlich geprägt hat: Friedrich Peter.

Sein Name steht für den Weg der Dritten Partei aus dem politischen Ghetto. Dieser Weg begann 1963 mit dem ersten Riß im

Gefüge der großen Koalition und führte viele Stationen des Weges aus der Isolation: Anerkennung der demokratischen Kontrollfunktion der Freiheitlichen durch erstmalige Wahl eines Freiheitlichen zum Präsidenten des Rechnungshofes, Bestellung eines Freiheitlichen zum Botschafter beim Europarat in Straßburg, Beiziehung von FPÖ-Vertretern zu Südtirolberatungen auf der Ebene der Vereinten Nationen, Einbindung der FPÖ in Expertenberatungen über wichtige Verfassungsreformvorhaben, schrittweise Durchsetzung freiheitlicher Mitspracherechte in verschiedenen Beiräten (u. a. Verankerung der FPÖ im Landesverteidigungsrat und im Rat für Auswärtige Angelegenheiten), Aufnahme eines freiheitlichen Gewerkschafters in den Bundesvorstand des ÖGB, Berufung eines Freiheitlichen an die Spitze der Volksanwaltschaft, wo er gleichberechtigt mit je einem Vertreter der beiden anderen Parteien wirkt, und zum zweiten Mal Wahl eines Freiheitlichen zum Präsidenten des Rechnungshofes.

Doch die wichtigste Station war die Wahlrechtsreform des Jahres 1970. Zum Weg Friedrich Peters meinen die SN heute im Leitartikel von Gerhard Neureiter: „1958 kam mit dem neuen Obmann Friedrich Peter die Frontgeneration in die Führungsposition der FPÖ. Peter gelang es in einem langen, vorsichtigen Marsch, Schritt—Schritt—Wechselschritt, nahezu unmerklich, die FPÖ fest in das parlamentarische System Österreichs einzubinden. Dazu trug bei, daß es die Freiheitlichen peinlich vermieden, die Auseinandersetzung auf der Straße zu suchen. Sie agierten im Parlament und in den Medien, ein Umstand, der in seiner Unauffälligkeit bei politischen Analysen meist übersehen wird.“

Etwas sehr Wichtiges gibt es, an dem sich der von Peter erfolgreich geführte Weg der Freiheitlichen aus der Isolation deutlich ablesen läßt: An der Verfassungsbestimmung des 1975 beschlossenen Parteiengesetzes. Dieses lautet: „Die Existenz und **Vielfalt** politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich.“

Unmittelbar bei meinem Amtsantritt auf dem außerordentlichen Bundesparteitag in Linz habe ich die Grundsatzserklärung über die zentrale Aufgabe und Zielsetzung der FPÖ abgegeben:

Sie hat der demokratische Motor zu sein, jene Bewegung, die in moderner Weiterentwicklung national-liberaler Grundsätze Anstoßgeber für Veränderungen in unserer Heimat ist.

Einige besonders wichtige Beispiele für diese Wegbereiterfunktion der FPÖ in der Vergangenheit möchte ich hier anführen:

- Maßgeblicher Anteil an der Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse, um die es in den Anfängen der Zweiten Republik in vielen Bereichen sehr traurig bestellt war (man schlage nur bei Viktor Reimann nach).
- Weiterentwicklung der Demokratie bzw. Ausbau unserer demokratischen Einrichtungen – beispielhaft aufgezählt:
  - Einführung des amtlichen Stimmzettels.
  - Einführung der Fragestunde des Nationalrates (1961).
  - Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Durchführung von Volksbegehren und Volksabstimmungen.
  - Wahlrechtsreform für den Nationalrat (1970), die endlich die Beseitigung der die FPÖ bis dahin schwerst benachteiligenden Ungerechtigkeit bei der Mandatsermittlung brachte.
  - Schaffung der Volksanwaltschaft, die sich als überaus wertvolle Einrichtung für die Recht suchende Bevölkerung (nicht zuletzt dank dem persönlichen Einsatz des Volksanwaltes Zeillinger) bereits hervorragend bewährt hat.

Bei all diesen bedeutenden Neuerungen war es die FPÖ, von der die Initialzündung ausging. Aber auch die inhaltliche Gestaltung trägt sehr deutlich unseren Stempel. Und diese Aufzählung ist noch lange nicht vollzählig.

Doch die Funktion der dritten Partei als Ideenträger und Wegbereiter läßt sich auch in anderen wichtigen Bereichen ganz eindeutig nachweisen.

Das gilt für den weiten Komplex der Rechtsreform, und ich nenne nur das neue Strafgesetzbuch oder die Familienrechtsreform. Da wäre manches anders ausgefallen, hätte die FPÖ nicht maßgeblich mitgewirkt!

- Das gilt aber ebenso für die Umweltschutzpolitik. Wenn es hier – zwar langsam, aber doch – ab und zu einen kleinen Schritt nach vorne gibt, dann geht das auf unser beharrliches Festhalten an den schon vor vielen Jahren präsentierten freiheitlichen Zielvorstellungen zurück. Die FPÖ hat diesen Gedanken jedenfalls lange vor allen anderen Parteien in ihrem Programm verankert!
- Oder nehmen wir das Gebiet der Sozialpolitik:
  - Die arbeitsrechtliche Angleichung der Arbeiter an die Angestellten, die jetzt schrittweise verwirklicht wird, ist eines der ältesten Anliegen der FPÖ.

- Die Pensionsdynamik, die vom Nationalrat im Jahr 1965 beschlossen, von der FPÖ aber schon seit 1956 gefordert wurde.
- Die Lockerung der Ruhensbestimmungen als wichtiger Beitrag für die Besserstellung der älteren Menschen, die Schwierigstes in ihrer Jugend bewältigt haben.

Ich glaube, es sind der Beispiele genug, um deutlich zu machen, wie stark die FPÖ das Antlitz der Zweiten Republik geprägt hat. Lassen Sie mich diesen knappen Rückblick auf das von der FPÖ Bewirkte – sehr pauschal, aber nichtsdestoweniger zutreffend – mit der Feststellung abschließen, daß es in der Politik keinen Bereich gibt, in dem unsere Partei nicht initiativ und konstruktiv mitgewirkt hätte.

Noch etwas wird an Hand dessen, was ich nur beispielhaft aufgezählt habe, sehr deutlich:

Überall dort, wo die FPÖ Signale gesetzt und dann auch die Problemlösung konkret mitgestaltet hat, ist in Österreich ein Stück FREIHEITLICHER GESELLSCHAFTSORDNUNG verwirklicht worden!

Als SPÖ und ÖVP, die heute so gerne bei den liberalen Wählern auf Stimmenfang ausgehen, das Wort „liberal“ noch nicht einmal in den Mund nehmen wollten, hat die FPÖ in Österreich bereits liberale Politik gemacht.

Vom Tag ihrer Gründung an hat die FPÖ Liberalismus praktiziert. Seit dem Jahr 1973 besitzen wir mit dem „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“ nun auch eine in eindeutiger Weise vom Liberalismus geprägte programmatische Grundlage.

1979 schließlich wurde die FPÖ in die Liberale Internationale aufgenommen. Der Parteiobmann ist seit damals Vizepräsident dieser Weltorganisation. Doch die Ideenträger- und Wegbereiterfunktion der FPÖ setzt sich auch in der Gegenwart fort – und sie wirkt heute bereits in die Zukunft.

Dazu einige wenige Beispiele:

- Ich nenne den freiheitlichen Initiativantrag betreffend den Ausbau der direkten Demokratie. Hier haben wir eine Ergänzung der Bundesverfassung dahingehend vorgeschlagen, daß Volksbegehren, die der Nationalrat ablehnt oder wesentlich abändert, künftig in eine Volksabstimmung übergeleitet werden können. Das letzte Wort über ein Volksbegehren soll also nicht beim Nationalrat liegen, das Volk soll in letzter Instanz entscheiden.

Wo es um ein Mehr an Demokratie geht, sind es die Freiheitlichen, die sich am weitesten vorwagen. Das gilt auch für ein Mehr an direkter Demokratie. Für Freiheitliche ist es kein besonderes Wagnis, den Bürgern mehr Rechte zu geben. Der mündige Bürger ist für uns Freiheitliche nicht nur ein Lippenbekenntnis.

Mit dieser ihrer Initiative hat die FPÖ einen Denkanstoß gegeben, der auch bei SPÖ und ÖVP erste Wirkungen zeitigt. Zwar geht diesen Parteien – das konnte man ihren Reaktionen bereits deutlich anmerken – unser Vorschlag zu weit, aber immerhin haben wir die Dinge in Bewegung gebracht. Und wenn in absehbarer Zeit in Österreich ein weiteres Stück direkter Demokratie verwirklicht sein wird, wird – wie schon oft – die Initialzündung dazu von uns ausgegangen sein.

- Ich nenne ferner eine in nächster Zeit bevorstehende FPÖ-Initiative, die im Sinne einer Verbesserung der Kontrolle darauf abzielt, Rechnungshoftätigkeitsberichte mit einer entsprechenden Berichtspflicht der Regierungsmitglieder zu verknüpfen.

Wir meinen, daß es im Sinne einer wirksamen Kontrolle völlig unbefriedigend ist, daß sich die Minister über Beanstandungen im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes stillschweigend hinwegsetzen können. Sollten wir mit unserem Vorschlag durchdringen, werden die Minister in Hinkunft über die Behebung der vom Rechnungshof aufgezeigten Mängel dem Parlament genau Rechenschaft zu legen haben.

- Und schließlich erwähne ich – weil es sich dabei um ein besonderes Anliegen unserer Landtagsfraktionen handelt – eine in Kürze bevorstehende FPÖ-Initiative betreffend eine entscheidende Verbesserung der Stellung der Untersuchungsausschüsse der Landtage, deren Aktionsradius, wie etwa die Erfahrungen in der Steiermark oder in Salzburg noch vor gar nicht langer Zeit deutlich werden ließen, ein außerordentlich geringer ist. So weit es hier am Bundesverfassungsgesetzgeber liegt, die Landtags-Untersuchungsausschüsse zu stärken, bzw. mit jenen Rechten auszustatten, die derzeit nur Untersuchungsausschüsse des Nationalrates besitzen, werden wir Freiheitlichen im Parlament ganz konkrete Vorschläge unterbreiten. Dabei ist auch der Untersuchungsausschuß im Parlament zu reformieren. Ein erster Schritt wäre dabei die Öffentlichkeit derartiger Ausschüsse.

Obwohl auch aus anderen Bereichen – wie der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie der Schul- und Bildungspolitik – noch vieles an freiheitlichen Konzepten und Initiativen jüngerer und jüngsten Datums aufzuzählen wäre, möchte ich davon absehen, denn schon jetzt ist klar:

Die dritte Partei übt als Oppositionspartei eine über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgehende und aus Österreich nicht mehr wegzudenkende Kontrollfunktion aus, aber sie erschöpft sich nicht darin. Sie hat für die großen Herausforderungen unserer Zeit auch eigene Antworten parat. Als Alternative zur SPÖ und ÖVP zeigt die dritte Partei immer wieder auch den dritten Weg.

Der große Salvador de Madariaga, der erste Präsident der Liberalen Internationale, sagte einmal: „Der Politiker, der sich mit den täglichen Aufgaben des politischen Kampfes herum-schlagen muß, darf sich nicht so sehr von allgemeinen Ideen und Prinzipien ablenken lassen. Seine Aufgabe besteht darin, taktische Positionen zu gewinnen und es ist menschlich, wenn er sich dann und wann in seiner Strategie beirren läßt.“ Umso wichtiger ist es daher, daß die, die es sich leisten können, der öffentlichen Meinung entgegenzutreten, ihn bisweilen an diese Ideen und Prinzipien erinnern, ohne die sein Kampf keinen Sinn hätte. „Mit Bajonetten kann man alles tun, nur nicht sich daraufsetzen“, sagte Napoleon. Daraus sollte ein Zyniker nicht folgern: Mit Prinzipien kann man alles tun, alles ohne Ausnahme.

Wie ich vorher bereits erwähnt habe, waren es freiheitliche Frauen und Männer, die in den schwersten Stunden der Zweiten Republik, in der Nachkriegszeit, Grundsätze über persönliche Vorteile gestellt haben.

Ihre Leistung ist unser Vermächtnis. Sie haben durch die Parteigründung den österreichischen Parlamentarismus weiter entwickelt.

In Fortsetzung dieser bedeutenden demokratisch-parlamentarischen Tradition wird die heutige junge Nationalratsfraktion der FPÖ weiterarbeiten, um theoretisch und praktisch das großartige System unserer Verfassung mit neuem Leben zu erfüllen.

Die Trennung der Gewalten, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Rechten des Bundes, der Länder und der Gemeinden, die Einbindung der Parteien und der großen Verbände in den Verfassungsrahmen, aber auch die Schaffung und Stärkung autonomer, selbstverwalteter Bereiche, wie etwa die Kam-

mern der Freien Berufe, sind freiheitliche Anliegen mit dem Zweck, durch Konkurrenz und Gleichgewicht der Kräfte rivalisierender Gruppen und Institutionen sowohl dem einzelnen als auch kleinen gesellschaftlichen Gruppen einen möglichst großen Freiheits- und Lebensraum zu sichern.

Voraussetzung für das Funktionieren dieses diffizilen Systems unserer Verfassung ist allerdings das politische Engagement und die Zivilcourage unserer Bürger. Wenn nämlich alle Institutionen, die einander überwachen und die einander gegenseitig die Macht streitig machen und einschränken sollen, in der Hand einer Partei vereinigt sind, dann kommt der Verfassung nur mehr die Funktion eines Feigenblattes zu und die Vielzahl der Kompetenzen bietet den Vorwand für eine aufgeblähte parteiabhängige Bürokratie.

Das aktuelle Ziel des Liberalismus ist gerade in Österreich, der Abhängigkeit und Anpassung durch Parteibuchzwang und Manipulation entgegenzutreten – der Freiheit eine Gasse zu schaffen. Die jüngsten tagespolitischen Ereignisse sind dafür ein gutes Beispiel.

Josef Schöffel, deutsch-liberaler Reichsratsabgeordneter und Bürgermeister von Mödling, rettete in einem einsamen Kampf gegen Korruption und manipulierte Presse den Wienerwald.

Der Kampf gegen die Korruption ist in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts um NICHTS leichter geworden. Es geht aber dabei schon längst um mehr, nämlich um den Fortbestand des liberalen Rechtsstaates und um die Erhaltung des Glaubens an die Demokratie. Ein Kampf, der den ganzen persönlichen Einsatz wert ist und mit dem Abschluß des Untersuchungsausschusses sicher nicht zu Ende sein wird.

Wir werden dabei hart arbeiten müssen. Aber das macht uns nichts aus. Denn wir Freiheitlichen sehen Arbeit als sinnvollen Teil unseres Lebens und nicht als Strafe für den Sündenfall. Freiheit ist nicht zu verwechseln mit Freizeit, sondern das Ergebnis eines andauernden Ringens mit dem Sinn und dem Ziel der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.

Freiheit ist aber nur in der Gemeinschaft zu verwirklichen, weil der Mensch ein Zoon politikon, ein politisches Wesen, ist, weil er auf den Mitmenschen angewiesen ist. Die natürliche Gemeinschaft ist zunächst die Familie und, aus dieser wachsend, das Volk. In einem historisch gewachsenen Volk werden sich die aus der Verschiedenheit der Anlagen und Schicksale ergebenden Unterschiede zwischen den Menschen am ehesten

überwinden lassen, weil für den Gemeinsinn am besten ein gemeinsamer Nenner zu finden ist, weil für die Verständigung eine gemeinsame Sprache, weil für die Übereinstimmung ähnliche Temperamente und Gefühle gegeben sind. Je spontaner, selbstverständlicher eine Willensübereinstimmung zustande kommt, umso weniger ist ein Kommando, ein Gesetz, ein Verwaltungsakt, Willkür oder gar Terror notwendig.

Deshalb scheinen mir Gegensätze zwischen nationalem und freiheitlich-liberalem Denken konstruiert und unnötig. Die freiheitliche Demokratie wird zu einem theoretischen und blutleeren Staatsmodell, wenn sie nicht getragen wird von dem Gemeinschaftsgefühl eines in seiner Geschichte und Kultur wurzelnden Volkes. Die Nation aber muß eine Gemeinschaft von Freien sein, weil ihre Bedeutung in der freien Entfaltung aller Fähigkeiten und Energien ihrer Bürger wächst.

Dabei halte ich den Streit um die „Österreichische Nation“ für reichlich überflüssig. Österreich gehört, ungeachtet seiner staatlichen Selbständigkeit, auf Grund seiner Geschichte und Volkszugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturraum. Andererseits sehe ich die Frage nach einer österreichischen Staatsnation, die alle österreichischen Staatsbürger gleichgültig ihrer Volkszugehörigkeit umfaßt, als eine Frage der Terminologie an, die weitgehend von der jeweiligen aktuellen völkerrechtlichen Praxis abhängt.

Bemerkenswert ist dazu eine Erklärung des damaligen Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf gegenüber der Deutschen Presseagentur aus dem Jahr 1964: „Im alten Österreich, einem Vielvölkerstaat, hat man zwischen Staatsbewußtsein und Nationalbewußtsein unterschieden, während überall sonst in Europa beide Begriffe identisch sind. Auch in Ländern wie der Schweiz und Belgien decken sich Staats- und Nationalbewußtsein. Ich bin der Meinung, daß sich auch in Österreich das Staatsbewußtsein zu einem Nationalbewußtsein entwickeln wird. Etwas anderes ist es mit dem, was man Volksbewußtsein nennen könnte. Ich bin überzeugt, daß die Deutschen das Nibelungenlied immer als ein deutsches Epos betrachten werden, auch wenn es in Österreich aufgezeichnet wurde, und in Österreich wird man nie vergessen, Goethe und Schiller als eigenen geistigen Besitz anzusehen. In Österreich werden sich Staatsbewußtsein und Nationalbewußtsein zusammenfinden, unabhängig davon aber wird es ein Volksbewußtsein geben, das die Gemeinsamkeit im deutschen Kulturgut immer wieder geistig lebendig erhalten wird.“ So weit Dr. Adolf Schärf.

Das Dritte Lager hat sich im Laufe der österreichischen Geschichte immer wieder an die sogenannten nationalen Wähler gewendet. In der Monarchie traten diese Nationalen für die Rechte der Deutschen im Vielvölkerstaat ein, in der Ersten Republik gemeinsam mit den anderen Parteien für den Anschluß, in der Zweiten Republik stand im Vordergrund die Betonung der Gemeinsamkeiten im deutschen Sprach- und Kulturraum über anerkannte Grenzen hinweg und wurde ergänzt durch das Eintreten für den Europagedanken.

Wenn ich nach meiner Designierung zum Bundesparteiobermann die FPÖ als national-liberale Partei bezeichnet habe, geschah dies deshalb, weil ich glaube, daß die Zeit reif ist, entkrampft und vorurteilsfrei über diese Dinge zu sprechen. Mit beiden Begriffen wurde und wird Schindluder getrieben und sind sie teilweise mit gefühlsmäßigen Hypotheken aus der Vergangenheit belastet. Entscheidend ist, welche programmatischen Aussagen wir heute zu diesen Themen haben und welchen Inhalt wir diesen Begriffen geben.

Auch die Sozialisten lassen sich dadurch nicht beirren, daß sich kommunistische Staaten als sozialistisch bezeichnen. Ebenso wenig haben wir einen Grund, wegen Fehlleistungen oder Fehlinterpretationen in der Vergangenheit die Begriffe national und liberal nicht mehr zu verwenden.

Wir haben in der Vergangenheit erlebt, wie nationales Hegemoniestreben gescheitert ist, wie sozialistische Systeme statt sozialer Gerechtigkeit Unterdrückung und Terror und nur höchst bescheidenen Sozialfortschritt brachten, und wir müssen befürchten, daß auch unsere westliche Wohlstandsgesellschaft angesichts der Probleme der wachsenden Energie- und Rohstoffknappheit, der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichtes und vieler anderer wichtiger Fragen scheitert.

Geradezu zwangsläufig ergibt sich die Forderung, aus diesen historischen Lehren den Schluß zu ziehen, die positiven Elemente dieser Ideologien zu einer höheren Einheit zusammenzufassen, nämlich den nationalen Gedanken einzufügen in das übernationale Prinzip der Humanität, in die natürlich gewachsene Gemeinschaft verwandter Völker in Europa, das Bekenntnis zur Gemeinschaft als Katalysator zwischen sozialen Gruppeninteressen und als Triebkraft für den Gemeinsinn zu sehen, den sozialen Gedanken aber unauflöslich mit dem Freiheitsgedanken zu verknüpfen.

Diese Einheit zu schaffen sehe ich als die große Aufgabe der Freiheitlichen Partei. Sie bedeutet Einheit in der Vielfalt und das

Finden einer neuen Mitte zwischen den Extremen der Vergangenheit. Die Extreme der Vergangenheit aber sind gescheitert, weil sie sich vom Liberalismus gelöst haben und deshalb meine ich, daß der Liberalismus nicht nur von historischer Bedeutung, sondern der Schlüssel zu einer menschenwürdigen Zukunft ist.

Ich glaube aber auch, daß nur dann, wenn eine Partei mit einem liberalen Programm in das politische Kräftespiel eingreift, die Chance besteht, liberales Gedankengut zu verwirklichen. Erst in der Konkurrenz um Wähler des Dritten Lagers hat Raab einen Professor Kamitz in die Regierung geholt und Kreisky Liberale und Nullgruppler umworben.

Gäbe es in Österreich keine politische Vertretung des Dritten Lagers in der Freiheitlichen Partei, so gäbe es auch kein Werben um liberale Wähler und keine Bekenntnisse zu liberaler Ideologie.

Deshalb weiß ich, daß Österreich eine Freiheitliche Partei braucht. Ich werde jedenfalls alles daran setzen, um die österreichische Öffentlichkeit davon zu überzeugen. In diesem Sinne rufe ich der ganzen Gesinnungsgemeinschaft zum 25. Geburtstag zu:

Diese junge Partei ist durch den Zeitablauf erwachsen geworden. Möge im Interesse Österreichs ihre Größe und Bedeutung wachsen.

In diesem Sinne uns allen und der FPÖ ein herzliches Glück auf!

## **Rede des Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger anlässlich der 25-Jahr-Feier der FPÖ**

Ich danke Ihnen für die Einladung, als Bundespräsident an dem Festakt 25 Jahre FPÖ teilzunehmen. Ich habe diese Einladung seinerzeit sehr spontan und auch mit einer inneren Genugtuung angenommen. Ich bin auch heute gerne zu diesem Festakt gekommen, und ich will gerne beifügen: Der Ablauf dieser festlichen Veranstaltung hat mir in überzeugender Weise die Richtigkeit meiner Entscheidung bestätigt. Ich danke Ihnen auch für die freundliche Begrüßung, die Sie mir hier gezollt haben.

Es ist unvermeidbar, daß eine Teilnahme des Bundespräsidenten an einer Veranstaltung einer politischen Partei verschiedene Erwartungen und Deutungen hervorruft. Sind wir doch alle sehr dazu geneigt, in jedes Tun eines obersten Staatsorgans konkrete politische Signale oder Absichten hineinzuzinterpretieren. Gestatten Sie mir daher den Versuch, schlicht darzustellen, welche politischen Überlegungen mich zur Annahme der Einladung geführt haben.

Bundespräsident Karl Renner hat in seiner Amtszeit ab und zu Veranstaltungen aller damals im Nationalrat vertretenen und damit auch die Bundesregierung bildenden Parteien besucht. Dieses Beispiel ist für mich, der ich politische Verantwortung trage und keiner politischen Partei angehöre, sehr anziehend, denn mir scheint, gerade mir geziemt es, aus einem Staats- und Demokratieinteresse heraus den Wert einer auf demokratischer Basis gebildeten politischen Partei für die Existenz unserer Demokratie zu unterstreichen und zu bekräftigen.

Es gibt eben keine Demokratie unserer freien parlamentarischen, westlichen Konzeption ohne den Bestand von mehreren,

sich voneinander in grundsätzlichen Fragen unterscheidenden und auch voneinander unabhängigen politischen Parteien. Ich werde mich daher als Bundespräsident unserer Republik unablässig zur Notwendigkeit der Existenz der politischen Parteien und zu deren Wert bekennen. Das heißt mit anderen Worten: ich erachte es als meine Pflicht, nicht jenes publikumswirksame Gezeter gegen die politischen Parteien, das so gerne entfacht wird, mitzumachen. Das 25-Jahr-Jubiläum der FPÖ ist mir einer der willkommenen Anlässe für den Ausdruck dieser Wertschätzung der politischen Parteien.

Ich fühle mich auch als Bundespräsident nicht, wie man so landläufig sagt, über den Parteien stehend. Ich bin vom Volk gewählt, so wie die politischen Parteien auch. Und die politischen Parteien leiten, so wie ich, ihr gesamtes Mandat vom Volk in freien Wahlen ab. Der Bundespräsident und die politischen Parteien tragen nicht eine abgestufte Verantwortung, sondern eine gleichstufige für das Volk und auch für den Staat. Daß dabei, dem ihnen von den Wählern erteilten Auftrag gemäß, die politischen Parteien vorerst auf eine weitestmögliche Durchsetzung ihres Programms, der Bundespräsident aber auf das Finden eines möglichst großen gemeinsamen Nenners in der Erfüllung der Staatsaufgaben bedacht sein muß, ändert nichts an dieser Gemeinsamkeit und auch an der Gleichstufigkeit der Verantwortung.

Meine Teilnahme an diesem Festakt ist aber auch Ausdruck meiner Überzeugung, daß für die Glaubwürdigkeit und für das Funktionieren der österreichischen Demokratie der Bestand einer politischen Partei nützlich und notwendig ist, welche zur politischen Heimat für alle jene werden kann, die sich in früheren Generationen, also in der Zeit des Lagerdenkens, dem sogenannten deutschnational-liberalen Lager innerlich zugehörig fühlten und die dessen Gedankengut auch heute vertreten und als richtig ansehen. Es wäre — es gibt hierfür sehr eindrucksvolle Beispiele — eine echte und große Gefahr für das Funktionieren einer Demokratie, wenn sich eine historisch gewachsene, ihrer Zahl und ihrem Einfluß nach bedeutende Gruppe von Bürgern nicht im Rahmen einer offenen Partei, im legalen Kräftespiel an der Auseinandersetzung in einer Demokratie beteiligen könnte und so auch die Interessen vertreten könnte. Ein Abgleiten in die politische Teilnahmslosigkeit oder auch ein Abgleiten in Extreme wäre in einem solchen Fall eine kaum vermeidbare Konsequenz.

Es sind dies im übrigen Folgen — Herr Professor Dr. Reimann hat es gesagt —, die auch Karl Renner schon im Jahre 1945

gesehen hat, als er beim Wiederaufbau unserer Demokratie sich dafür verwendet hat, daß der damaligen Regierung auch ein Mitglied des Landbundes als Vertreter des sogenannten nationalen Flügels, soweit dieser nicht nationalsozialistisch geworden war, angehören soll. Daß diese Idee nicht schon damals, 1945, eine Verwirklichung fand, hat seinen Grund in politischen Erbschaftshoffnungen gehabt, die sich allerdings, wie die heutige 25-Jahr-Feier deutlich zeigt, nicht oder nur in geringem Maße erfüllt haben.

Nicht aus Festeshöflichkeit also, sondern in meiner Verantwortung als Bundespräsident gratuliere ich Ihnen zum 25jährigen Bestand der FPÖ und danke Ihnen dafür, daß Sie sich im Programm und Praxis immer als demokratische Partei erwiesen und damit zur Anziehungskraft und zur Lebensfähigkeit unserer Demokratie beigetragen haben. Ihr Programm oder Ihre einzelnen politischen Entscheidungen zu kommentieren oder zu werten, das steht mir nicht zu. Die Einhaltung der so notwendigen Fairneß in der politischen Auseinandersetzung aber kann ich aus der Erfahrung meiner seinerzeitigen Außenministerzeit ebenso wie aus der Erfahrung meiner Präsidentschaftskandidatur mit Überzeugung bescheinigen.

Lassen Sie mich Ihnen aber auch bei diesem Anlaß dafür danken, daß sich die FPÖ, so wie der damalige Bundesobmann der FPÖ, der Herr Abgeordnete zum Nationalrat Friedrich Peter, bei der Feier aus Anlaß des 30jährigen Bestandes der Zweiten Republik erklärte, voll zur Neutralität unserer Republik bekennt, und daß das Bekenntnis zur Republik, die staatsbejahende Haltung und die Liebe zu Österreich für alle das politische Geschehen formenden Kräfte zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Und ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann Dr. Steger, daß Sie auch heute diese grundsätzliche Aussage wiederholt haben.

Möge es der FPÖ und auch den anderen im Nationalrat vertretenen politischen Parteien gelingen, über all den dort und da immer wieder erschreckend aufflammenden Haß und auch über die sich immer stärker ausbreitende Gleichgültigkeit hinweg der Demokratie in Österreich jene faszinierende Kraft zu geben, die ihr als der nach wie vor besten aller Staats-, Regierungs- und Gesellschaftsformen zukommt. Ich verspreche Ihnen, daß ich dazu gerne auch meinen Beitrag leisten werde.

In der Liebe zu Österreich, in der Achtung vor der Würde und der Freiheit des Menschen und im Glauben an eine europäische Funktion unserer Republik werden wir uns immer finden.

# **VERÖFFENTLICHUNGEN DES FREIHEITLICHEN BILDUNGSWERKES**

**Freie Argumente** – Freiheitliche Zeitschrift für  
Politik

(erscheint vierteljährlich – Jahresabonnement  
S 90, –)

## **Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes:**

Heft 1. Alexander Götz: Bundesparteitag 1978

Heft 2. Herbert A. Kraus: Österreich zwischen 1945 und 1955

Heft 3. Wilhelm Brauner: Der Weg zu Staatsvertrag und  
Neutralität

Heft 4. Norbert Steger: Rede am außerordentlichen  
Bundesparteitag 1980 (März)

Heft 5. Norbert Steger: Freiheitliche Zielvorstellungen zur Frage  
der europäischen Einigung

Manfred Vohrer: Der Europarat – Motor für die  
Einigung Europas?

Ulrich Irmer: Das Europäische Parlament und die  
Neutralen

Joachim Dalsass: Problem der Minderheiten in Europa –  
Die Bedeutung des Europäischen Parlaments für die  
Minderheiten

Heft 6. 60 Jahre Burgenland bei Österreich  
Die Dritte Kraft in der Ersten Republik

Heft 7. 25 Jahre FPÖ

## **Tagungsdokumente:**

1. Weißensee-Gespräche 1979

2. Weißensee-Gespräche 1980

Liberalismus-Seminar, 25.–27. April 1980 – Baden

# Inhaltsverzeichnis

<b>Prof. Dr. Viktor REIMANN: Die Dritte Kraft in der Zweiten Republik</b> . . . . .	3
<b>Festansprache des Bundesparteiobmannes der FPÖ, Abg. z. NR Dr. Nobert Steger</b> . . . . .	16
<b>Rede des Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger anlässlich der 25-Jahr-Feier der FPÖ</b> . . . . .	27